

17. Wahlperiode

Eingang: 25.01.2023

Antrag

der Abg. Dennis Birnstock und Daniel Karrais u. a. FDP/DVP

Cybersicherheit an den Hochschulen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was hat die Landesregierung infolge des erfolgreichen Hackerangriffs mit der Schadsoftware Emotet im Dezember 2019 auf die Universität Gießen unternommen, um die Hochschulen in Baden-Württemberg bei der Cybersicherheit zu unterstützen;
2. welche Fälle cyberkrimineller Angriffe auf Hochschulen im Land ihr aus den letzten zehn Jahren bekannt sind;
3. welche Gefahren für die Datensicherheit an den hiesigen Hochschulen durch Ransomware-Angriffe sie erkennt;
4. welche Schlüsse sie aus den aktuellen Vorfällen, etwa dem Angriff auf die Hochschule Heilbronn im November 2022, für die Notwendigkeit gezielter landesseitiger Unterstützungsmaßnahmen für die Hochschulen zieht;
5. welchen Schutzmaßnahmen für die Forschungsdaten an den Hochschulen sie für angezeigt hält;
6. welchen Schutzmaßnahmen gegen digitale Spionageangriffe auf die Daten der Auftragsforschung an den Hochschulen sie für angezeigt hält, soweit bei diesen auch unternehmerische Interessen und mögliche Wettbewerbsnachteile zu beachten sind;
7. inwieweit sie Risiken erkennt, dass sensible Daten von Studierenden oder Hochschulpersonal in den Fokus gezielter Hackerangriffe geraten könnten;
8. welche Handlungsoptionen sie erkennt, soweit bspw. in der hochschulischen Forschung manche Großgeräte mit veralteten Computern betrieben werden, für welche keine Sicherheitsupdates mehr zur Verfügung gestellt werden, die aber in ihrer originären Funktion erhaltenswert sind (etwa teure Elektronenmikroskope in der Medizin);
9. inwieweit die Hochschulen am operationalisierten Austausch der Cybersicherheitsagentur BW und den regelmäßig stattfindenden Fachaustauschen, insbesondere hinsichtlich des Austauschs über mögliche Gefahrenlagen, notwendige Prävention und stetige Detektion, teilhaben;
10. ob eine Anbindung der Hochschulen und deren Rechenzentren an die bestehenden Kooperationsformen zum Thema Cybersicherheit in Baden-Württemberg sichergestellt ist;
11. inwieweit geplant ist, die landesseitigen Unterstützungsmaßnahmen für die Cybersicherheit der Hochschulen gezielt zu verstärken.

25.01.2023

Birnstock, Karrais, Dr. Kern, Brauer, Dr. Rülke, Haußmann, Weinmann, Bonath, Fischer, Haag, Hoher, Dr. Jung, Reith, Dr. Schweickert, Trauschel FDP/DVP

Begründung

In jüngster Zeit geraten Hochschulen immer mehr in den Fokus von Hackerangriffen, wie etwa die Hochschule Heilbronn im November 2022. Das Rechenzentrum der Hochschule hatte «unübliche Aktivitäten» im Netzwerk festgestellt und die Institution vorübergehend vollständig vom Netz genommen. Da die Hochschulen im Land zahlreiche sensible Daten, seien es Forschungsinhalte oder Personendaten von Studierenden oder Hochschulpersonal, zu verwalten haben, stellt sich die Frage nach möglicherweise notwendigen Maßnahmen an den Hochschulen, die einer Unterstützung durch das Land bedürfen. Inwieweit bestehende Strukturen der Cybersicherheitsarchitektur im Land ausreichen oder neue Kooperationen etabliert werden müssten, soll dieser Antrag ebenfalls klären.